

ge die Basis der PZPR in der Arbeiterschaft, deren Mobilisierungspotential und prosopographisch die kommunistischen Eliten. So beschreibt Henryk ŚlabeK Karrieren, die aus der Arbeiterschaft heraus bis in Führungspositionen führten, Marcin Zaremba die Mobilisierungsstrategien des Systems und Piotr Osęka die 5. Weltjugendfestspiele in Warschau 1955. Prosopographische Ansätze verfolgen Antoni Dudek mit einer Beschreibung der Nomenklatur der Wojewodschaft Krakau 1948-1980 und Beata Bińko, die den ersten Jahrgang des Instituts für wissenschaftliche Kader beim Zentralkomitee der PZPR, eine intendierte kommunistische Kaderschmiede, betrachtet. Bemerkenswert, daß die Absolventen später diametral unterschiedliche Entwürfe lebten, die vom loyalen Parteifunktionär über den angesehenen Geisteswissenschaftler bis zum Oppositionellen reichen konnten.

Ein dritter Ansatz beschäftigt sich mit resistenten, oppositionellen und widerständigen Milieus in der Volksrepublik und der Frage, bis zu welchem Grade diese von kommunistischen Infiltrationsversuchen erfaßt wurden und welche Widerstandsstrategien entwickelt wurden. So beschreibt Jan Żaryn die Einstellungen des katholischen Klerus gegenüber der Staatsgewalt 1944-1956, die von entschiedenem Widerstand bis zu einer positiven oder staatsbejahenden Gesinnung reichen konnten. Sichtbar wird die Rolle „patriotischer“ (d.h. vor allem antideutscher) Einstellungen im Klerus, die politisch instrumentalisiert werden konnten. Marcin Kula beschreibt am Beispiel seines Vaters Witold die Taktiken, die polnische Hochschullehrer zur Verteidigung oppositioneller und von der Relegation bedrohter Studenten nach 1968 entwickelten.

Ein vierter Schwerpunkt liegt in den Beziehungen zwischen Staatsmacht und jüdischen Verbänden und den verschiedenen „antizionistischen“ (antisemitischen) Kampagnen in Polen. Natalia Aleksion zeichnet die Kontakte zwischen zionistischer Bewegung und Staatsmacht 1944-1949 nach, Bożena Szaynok die aus der Sowjetunion induzierte „antizionistische“ Kampagne 1948-1953 und Dariusz Libionka die propagandistischen Verbindungen zwischen sowjetischem und polnischem „Antizionismus“ 1968-1970. Einem in der polnischen Öffentlichkeit immer wieder sensationell aufgebauchten Thema, nämlich dem Anteil von Personen jüdischer Herkunft im Sicherheitsdienst 1944-1956, sucht sich Andrzej Paczkowski wissenschaftlich zu nähern, indem er die Ursachen, Gründe und Ausmaße dieses Engagements anhand verfügbarer seriöser Quellen beleuchtet. Der hier nur angedeutete Schwerpunkt bildet eine Besonderheit der polnischen Forschung, ermöglicht jedoch methodische Aussagen über den Grad an Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, den das kommunistische Regime instrumentell zur Steuerung der Öffentlichkeit einzusetzen bereit war.

Die skizzierten Schwerpunkte lassen deutlich die Fortschritte in der Erforschung der kommunistischen Vergangenheit erkennen: Trotz einer unvergleichlich schlechteren Archivsituation als sie die DDR-Forschung in Deutschland nutzen kann, entstehen zur Politikgeschichte und zur klassischen Gesellschaftsgeschichte weiterführende Studien, die in der Regel ereignis- und strukturgeschichtliche bzw. prosopographische Zugänge wählen. Der hier vorherrschende Positivismus bildet im Guten wie im Schlechten das Kapital einer Wissenschaft, deren beste Vertreter sich über Jahrzehnte einem ideologischen Anspruch gerade durch den positivistischen Zugriff entzogen. Sichtbar werden jedoch zugleich die breiten Lücken, die einem solchen – über weite Strecken zufälligen – Zugriff geschuldet sind: Alltagsgeschichte und moderne Kultur- und Mentalitätsgeschichte sind in der modernen polnischen zeitgeschichtlichen Forschungspraxis kaum vertreten.

Warschau/Warszawa

Hans-Jürgen Bömelburg

Marcin Zaremba: Komunizm, legitymacja, nacjonalizm. Nacjonalistyczna legitymacja władzy komunistycznej w Polsce. [Kommunismus, Legitimierung, Nationalismus. Die nationalistiche Legitimierung der kommunistischen Machthaber in Polen.] (W krainie PRL.) Wydawnictwo TRIO. Warszawa 2001. 427 S.

Marcin Zaremba verbindet in seiner an der Universität Warschau entstandenen Dissertation die Nachzeichnung des Versuchs der polnischen Kommunisten, ihren Machtanspruch mit Elementen einer polnischen nationalistischen Ideologie zu begründen, mit politologischen Erklärungsansätzen. Eingangs stellt er den theoretischen Kontext der Studie vor. In Anlehnung an einschlägige amerikanische und deutsche Standardwerke werden die Begriffe Legitimierung, Nationalismus und „nationalistische Legitimierung der politischen Machtausübung“ definiert. Letztere zeige sich – verkürzt – in einer positiven Bewertung der ethnisch als „zu uns gehörig“ empfundenen Machthaber und ihres im Sinne des Staatsinteresses richtigen politischen Handelns, wobei sie für ein nationales Wertesystem stehe, also die von der Allgemeinheit anerkannten nationalen Symbole, Mythen und Helden wie auch überhaupt das gemeinsame historische und Kulturerbe sich auf spezifische Weise zu eigen mache (S. 30). Der Vf. schildert sodann den holprigen Weg der polnischen Kommunisten vom Luxemburgschen Internationalismus zu einem – in der Mitte der 1930er Jahre – bekennenden Patriotismus, und er stellt nach dieser Einführung seine Leitthese vor: Der Nationalismus wurde von den Herrschenden der Volksrepublik Polen als ein tragfähiges, wirksames und damit unerläßliches „Argument“ angesehen, das der Ablehnung des Regimes mit der Begründung, es sei der polnischen Gesellschaft „fremd“, entgegenwirken sollte (S. 81). Seine These verfolgt der Vf. durch eine überzeugende Aufbereitung umfangreicher Aktenbestände (v.a. aus dem ehemaligen Archiv des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei [PZPR]), vertiefende Einblicke in Pressematerialien und die Heranziehung der einschlägigen Forschungs- und Erinnerungsliteratur – hin zu einem klaren Schlußwort, das gut begründet, ja unausweichlich ist.

Im zweiten Teil beschreibt Z. kurz die Instrumentalisierung nationalistischer Lösungen in der politischen Machtergreifungsstrategie der polnischen Kommunisten von der Gründung der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) 1942 bis zum Jahr 1944. Unter Einsatz von exzessiv verwendeten Begriffen wie Volk (*naród*), Polen oder polnisch versuchten sie, das Klischee vom „Judenkommunismus (*żydokomuna*)“ zu bekämpfen. Während die Kommunisten bei der rechten Nationaldemokratie Anleihen machten, erhoben sie nun gegenüber nahezu allen Gruppen des nichtkommunistischen Widerstands einen demagogischen Faschismus-Vorwurf und unterstellten ihnen, sie stünden mit den deutschen Besatzern im Bunde. Die nationalistische Legitimierung stellte damit – so Z. – die einzige Rechtfertigung für den Herrschaftsanspruch der Kommunisten dar. Freilich bedeutete der dem sowjetrussischen Vorbild nacheifernde Bezug auf die ethnischen Bande für die Mehrheit der PPR-Führungsriege – wie der Vf. mutmaßt – zunächst ein bloß taktisches Zugeständnis (S. 127).

Zwischen 1945 und 1947, in der Anfangsphase der Volksrepublik, wurde der Herrschaftsanspruch durch weitere Elemente aus dem nationaldemokratischen Arsenal bereichert, von der Schürung deutschfeindlicher Ressentiments über die Nutzbarmachung einer religiösen Verbrämung von nationalen Feiern und historischen Jahrestagen bis hin zu einer biologistisch-metaphorischen Auffassung des Volkskörpers. Mit der Kampagne um die Volksabstimmung am 30. Juni 1946, in der die Kommunisten mittelbar für das Projekt eines polnischen Staates ohne nationale Minderheiten um Unterstützung warben, erreichte die nationalistische Agitation ihren Höhepunkt. Andere Legitimierungsmomente traten danach stärker in den Vordergrund: die Befreiung Polens durch die Rote Armee, Tatkraft und Kompetenz beim Wiederaufbau des Landes, die Schaffung einer „demokratischen“ Gesellschaftsordnung und insbesondere die mit Macht vorangetriebene Bodenreform.

Nach dem Wendejahr 1947 gingen die Machthaber in der stalinistischen Periode vom nationalistischen Argument zeitweilig ab, ja sie ‚säuberten‘ die eigenen Reihen von Mitstreitern, denen vorgeworfen wurde, daß sie dem sowjetischen Herrschaftsmodell mit Vorbehalten gegenüberstünden. Das Regime legitimierte sich durch die von ihm initiierte Revolution (S. 190). Parallel zu den ‚antikosmopolitischen‘ antijüdischen Prozessen in der Sowjetunion Anfang der 1950er Jahre erstarkte jedoch – teils unter Zuhilfenahme rassistischer Metaphern (S. 208) – auch in Polen das ethno-nationalistische Argument; mit

Władysław Gomułkas Machtübernahme setzte es sich dauerhaft durch. War dieser 1948 mit seinem Vorhaben, die kommunistische Partei im Sinne eines ‚polnischen Weges zum Sozialismus‘ zu ‚polonisieren‘ – d.h. den Einfluß von Kommunisten jüdischer Herkunft zurückzudrängen – gescheitert (S. 186 f.), so standen seine letzten Jahre an der Macht seit 1967 unter dem Zeichen einer üblen antijüdischen Kampagne, mit der das Regime die Gesellschaft erneut hinter sich zu einen vermochte. Die beiden folgenden Abschnitte widmen sich dann der Benutzung des nationalistischen Arguments im Jahrzehnt Edward Giereks und schließlich, in einem Epilog, in den unruhigen 1980er Jahren unter dem Jaruzelski-Regime.

Am Ende seiner in der verdienstvollen zeitgeschichtlichen Reihe des Instituts für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften erschienenen Untersuchung gelangt Z. zu einem vernichtenden Urteil über die politische Strategie der polnischen Kommunisten: Sie, die offiziell den proletarischen Internationalismus verkündeten, hätten – besonders unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und im Jahr 1968 – ihre Politik nur deswegen „auf die niedrigsten Instinkte der Massen gegründet, um in ihren Augen endlich als polnische Repräsentanten und ‚zu uns Gehörige‘ anerkannt zu werden. In dieser Frage erinnerten sie an die extremsten Flügel der Rechten der Vorkriegsjahre. Der Nationalismus nach Art der polnischen Kommunisten war [...] grob, fremden-, deutsch- und judenfeindlich, [...] nicht auf die Staatsbürgergesellschaft bezogen, schablonenhaft und aufdringlich instrumentell“ (S. 399 f.).

Angesichts der von Z. selbst unterstrichenen Bedeutung des Zweiten Weltkrieges als Faktor nationalistischer Verhärtungen (S. 121) drängt sich abschließend die Frage auf, ob die für die polnischen Kommunisten wahrhaft revolutionäre „nationalistische Legitimierung“ nicht auch dann zum Zuge gekommen wäre, wenn sich die Polen nach 1944 für die einzige politische Alternative hätten entscheiden können. Die Polnische Bauernpartei (PSL) aber stand den Kommunisten in der Verwendung nationalistischer Argumente damals kaum nach, was sowohl die Zwangsaussiedlung bzw. -assimilierung der ethnischen Minderheiten anging als auch den verklärenden Blick auf die Rolle Polens in den Jahren der nationalsozialistischen Besatzung. Darüber herrschte in der polnischen Nachkriegsgesellschaft ein breiter, nahezu alle politischen Lager übergreifender Konsens. Etwas zu kurz kommt daher die Frage, was von Z.s Befunden tatsächlich der Strategie der Kommunisten anzulasten und was Ausdruck der allgemeinen politischen Stimmung gewesen ist.

Bibliographie und Personenregister beschließen die nicht nur von ihrem Forschungsansatz her richtungweisende Studie.

Marburg/Lahn

Klaus-Peter Friedrich

Grzegorz Strauchold: Autochtoni polscy, niemieccy, czy... od nacjonalizmu do komunizmu (1945-1949). [Polnische oder deutsche Autochthone, oder: Vom Nationalismus zum Kommunismus (1945-1949).] Wydawnictwo Adam Marszałek. Toruń 2001. 259 S.

Die Vertreibung und Zwangsaussiedlung aus den ehemals deutschen, nach 1945 polnischen Gebieten war nicht vollständig: Unter verschiedenen Begründungen durfte bzw. mußte ein Teil der ansässigen Bevölkerung im neuen polnischen Staat verbleiben. Dieser erst in den letzten Jahren von der deutschen, insbesondere aber der polnischen Historiographie aufgegriffenen Thematik widmet sich auch die Studie des Thorner Historikers Grzegorz Strauchold.

St. beginnt seine Darstellung mit einem knappen Abriss der Grenz- und Verwaltungskonzeptionen des polnischen Untergrunds für die „geforderten Gebiete“ im Westen und Norden. Er deutet an, wie der Nationaldemokratie zuneigende Untergrundstellen weitgehend konfliktfrei in die neue, „kommunistische“ Verwaltung eingegliedert wurden, gleichzeitig aber regionale polnische Organisationen nicht in die Politik einbezogen wurden. Führend in der Konzeptionierung der Politik gegenüber den „Autochthonen“ wurde der Polnische Westverband.